

09.03.21

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschlieung des Bundesrates betreffend das Aufenthaltsgesetz

Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

Berlin, 2. März 2021

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Dr. Reiner Haseloff

Sehr geehrter Herr Prsident,

namens der Bundesregierung erlaube ich mir, Ihnen als Anlagen die Stellungnahmen der Bundesregierung zur Entschlieung des Bundesrates zum „Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung“ vom 28. Juni 2019 (279/19 (Beschluss))* und zur Entschlieung des Bundesrates betreffend das Aufenthaltsgesetz vom 3. Juli 2020 (187/20 (Beschluss)) zu übersenden.

Mit freundlichen Gren
Stephan Mayer

* siehe Drucksache 227/21

Stellungnahme der Bundesregierung zur
EntschlieÙung des Bundesrates betreffend das Aufenthaltsgesetz
— BR-Drucksache 187/20 (Beschluss) —

Die Bundesregierung nimmt zur EntschlieÙung des Bundesrates vom 3. Juli 2020,
(BR-Drs. 187/20 (Beschluss)) wie folgt Stellung:

Innerhalb der Bundesregierung gibt es derzeit keine Überlegungen, den vom Gesetzgeber gefundenen Gesamtkompromiss zu den Voraussetzungen zur Erteilung einer Beschäftigungsduldung nach § 60d des Aufenthaltsgesetzes aufzulösen und in Bezug auf einzelne Voraussetzungen davon abzuweichen.